

SPÖ - Lustenau

Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Erstellung und der Vollzug des Budgets 2016 finden unter finanziellen Voraussetzungen statt, die es den Gemeinden nicht einfach machen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Sie finden aber auch politische Rahmenbedingungen vor, die unsere Gesellschaft noch vor große Herausforderungen stellen werden.

Klimakonferenz mit weltweitem Fahrplan zur Abwendung der globalen Gefahr

Eines der großen globalen Probleme ist der Klimawandel, der immer stärker sichtbar wird und auch immer gravierendere Folgen zeigt.

Er hat seine Ursache in dem seit der Industrialisierung steigenden Verbrauch an fossiler Energie in den Bereichen Industrie, Heizung, Verkehr und einer weltweit viel zu großen Fleischproduktion, die bereits rund 30 % der klimaschädlichen Gase verursacht.

Auch in Europa ist die Situation bereits so weit fortgeschritten, dass man für unsere Lebensweise bereits drei Planeten benötigen würde um ein nachhaltiges Gleichgewicht sichern zu können.

Erklärtes Ziel ist es, die Steigerung der Treibhausgase gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 2 % bzw. 1,5 % zu begrenzen.

Dieses Ziel kann überhaupt nur dann erreicht werden, wenn sich sowohl jeder einzelne als auch jede Regierung für die Erreichung dieses Ziels verantwortlich fühlen.

Auch Land und Gemeinde müssen entsprechende Maßnahmen setzen.

Regional und global ist der motorisierte Individualverkehr einer der stärksten Verursacher von CO₂.

Laut Vorarlberger Klimaplan verursachte er in Vorarlberg im Jahre 2013 über 720.000 t CO₂, Tendenz weiter steigend. Laut Vorarlberger Klimaschutzziele dürfte der Wert allerdings nur bei rund 550.000 t CO₂ liegen.

In den Bereichen Industrie, Gebäude und Wärme konnten die Ziele bislang grosso modo erreicht werden.

Allein der weiterhin ungebremste motorisierte Individualverkehr wird sohin die Erreichung der Klimaschutzziele in Vorarlberg verunmöglichen.

Wie das mit der bekannten Straßenbaupolitik der derzeitigen Koalitionsregierung in Bregenz in Einklang zu bringen ist, bleibt deren Geheimnis.

Wird jedenfalls die Klimaproblematik ernst genommen, ist der öffentliche Verkehr attraktiver zu gestalten und der motorisierte Individualverkehr wesentlich einzudämmen.

Die globale Klimaschutz-Verpflichtung fordert auch von Österreich, von Vorarlberg und auch von Lustenau ein rasches, je spezielles Klimaschutzkonzept des Handelns, das alle Ressorts umfasst.

TTIP – Abkommen als massive Gefahr für unsere Umweltschutz-Sozial- und Arbeitsgesetze

Eines der am heftigsten umstrittenen Themen in der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA ist das Konzernprivileg, d.h. dass Staaten unter Umgehung nationaler Gerichte unmittelbar vor einem privaten ad-hoc Schiedsgericht verklagt werden können.

Ging es früher um den Schutz vor staatlicher Willkür durch Enteignung so geht es heute vor allem unter amerikanischen Einfluss gegen neue Umwelt- und Gesundheitsgesetze.

Da die privaten Schiedsgerichtsverfahren sehr investorenfreundlich sind, kann es zu einer massiven Klagewelle gegen neue Umweltschutzbestimmungen und gegen demokratische politische Entscheidungen kommen – zu bedenken ist auch die Vorgangsweise amerikanischer Anwälte.

Die öffentliche Wahrnehmung über die Verhandlungen zum TTIP ist so verheerend, dass die EU-Kommission mit einer massiven Ablehnung konfrontiert ist.

Maßnahmen gegen TTIP sind massiv zu forcieren, denn es darf doch nicht soweit kommen, dass enorme Schadenersatzforderungen zulasten von Rechtsstaatlichkeit, von Umwelt und Menschenrechten und zugunsten multinationaler Konzerne Platz greifen.

Ein derartiges Abkommen ist abzulehnen, weil wir bereits ein gut funktionierendes Rechtssystem mit weitreichendem Eigentumsschutz besitzen, die Rechte der nationalen Parlamente massiv eingeschränkt würden, staatliche Gesundheits- und Umweltschutzgesetze kaum mehr auf den Weg gebracht werden könnten und eine Privatisierung der Gerichtsbarkeit aus rechtsstaatlichen Gründen grundsätzlich abzulehnen ist.

Wir dürfen uns keinesfalls in die Abhängigkeit privater Schiedsgerichte begeben.

Die EU-Kommission sollte sich generell vermehrt den Interessen der Bürger statt den globalisierten Konzernen zuwenden, um eine weitere Erosion ihres Ansehens zu verhindern

Umgang mit Flüchtlingen muss moralisch vertretbar aber auch staatspolitisch tragbar sein

Die nicht abreißende Fluchtbewegung ist einerseits die Folge von Kriegsgräueln und andererseits die Folge miserabler wirtschaftlicher Verhältnisse.

Die Hilfsorganisationen haben in den letzten Monaten die humanitäre Situation in bewundernswerter Weise geregelt, wofür ihnen der Dank der Gesellschaft gebührt.

Damit stehen die westlichen Aufnahmestaaten aber erst am Anfang der Problemkette.

Der Umfang und die unkontrollierte Art der Fluchtbewegung von 1,5 Mio. Flüchtlingen in Europa stellt nämlich sowohl die Sozialstrukturen wie Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Wohnungsbereich, aber vor allem die Sicherheitsstruktur vor sehr große Schwierigkeiten.

Die Hilfskapazitäten wurden angesichts der persönlichen Not der Flüchtlinge gerne bereitgestellt, sie stehen aber nicht unbegrenzt zur Verfügung.

Die öffentliche Diskussion über Folgen und Grenzen wird vermutlich noch lange geführt werden, sie sollte aber jedenfalls seriös und vor allem ganzheitlich sein.

Der Staat als Garant für Schutz und Einhaltung der Grundrechte

Die freien Gesellschaften der westlichen Länder – offensichtlich erklärtes Ziel der Flüchtlinge – gründen auf deren Staatsverfassungen samt den europäischen Grund- und Freiheitsrechten.

Diese gelten für alle auf den jeweiligen Staatsgebieten befindlichen Personen – unabhängig von religiösen Vorstellungen – und sie sind nicht verhandelbar.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Recht auf Bildung, Errungenschaften der Aufklärung, Gleichheit von Mann und Frau sind Grundrechte, die auch im Alltag zu beachten sind und dort vom Kindergarten bis zum Arbeitsplatz für alle gelten.

Es sind Voraussetzungen einer gelingenden Integration, die über eine bloße Zuwanderung hinausgeht.

Wir müssen verhindern, dass unsere Werte der Toleranz, Emanzipation und Demokratie als uninteressant oder gar als Schwäche angesehen werden.

Es gibt in Österreich keine andere Rechtsordnung als die staatlichen Gesetze und Aufklärung und Menschenrechte sind die Grundlage unserer Gesellschaft.

Jede erfolgreiche Integrationspolitik muss auch schlüssig die Frage beantworten, wie wir mit allfälligen anderen Vorstellungen zu unserer Gesellschaft umgehen.

Das Bundesbudget und seine Lasten

Der Milliardenaufwand für eine ehemalige Bank, die zunehmende Arbeitslosigkeit in einer mittelmäßigen Konjunktursituation, die steigenden Kosten der Flüchtlingskrise, die grundlegende Steuerreform mit Unsicherheiten über die Gegenfinanzierung sind laut Fiskalrat die wichtigsten Kennzahlen der budgetären Lage des Bundes.

Die Verbesserung der demografischen Entwicklung durch Migration kann nur dann einigermaßen realisiert werden, wenn eine möglichst rasche Integration in den Arbeitsmarkt stattfindet.

Eine neue finanzielle Herausforderung ist die Flüchtlingsproblematik mit veranschlagten Kosten von 2,7 Mia. € von 2015- 2017 jedenfalls.

Die größere Belastung sind allerdings die Banken. Ohne Bankenpakete betrüge die Verschuldungsquote 74,8 % des BIP, mit Bankenhilfe 85,3 %.

Allein die Bad Bank Heta – siehe Hypo Alpe Adria - belastet die Staatsschulden aktuell mit 20 Milliarden Euro; für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe fallen im kommenden Jahr 5,9 Mia. € an.

Angespannte Struktur des Lustenauer Budgets

Der Umfang des Budgets 2016 weist mit € 79,2 Mio. einen neuen Rekordwert auf.

Nach außen mag es als prosperierendes Budget erscheinen.

Die innere Struktur zeigt jedoch gravierende finanzielle Engpässe, die den Handlungsspielraum sehr stark einengen.

Ein zentraler Faktor jedes Gemeindehaushalts sind die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die im kommenden Jahr als Folge der Steuerreform um 2,1 % auf 21,1 Mio. € sinken werden, wobei mit einem weiteren Rückgang in den Folgejahren zu rechnen ist.

Bezeichnenderweise werden nur die von der Gemeinde eingehobenen Gebühren um über 5 % steigen.

Wenn auch Gebührenerhöhungen derzeit noch zu funktionieren scheinen, wird sehr bald aus sozialen Gründen nicht mehr so leicht an dieser Schraube gedreht werden können.

Die jüngste Lohnstatistik zeigt nämlich ein besonders für Frauen bedenkliches Lohnniveau.

Vielleicht sollten einige Mandatäre bei ihrer abwertenden Stellungnahme zur Qualität von Arbeitsplätzen etwas mehr die Lebenswirklichkeit großer Bevölkerungsgruppen in unserer Gemeinde berücksichtigen. Auch Lebenserfahrung wäre ein wichtiges Attribut für politische Arbeit.

Die laufenden Einnahmen der Gemeinde steigen jährlich um rund 1 Mio. €. Es stehen ihnen allerdings eine jährliche Steigerung bei den Ausgaben von 2 Mio. € gegenüber.

Im Rechnungsabschluss 2014 lagen die Einnahmen noch um rund 17 % über den Ausgaben, im Voranschlag sind es noch 11,4 % .

Die frei verfügbaren Mittel sinken jährlich um rund 1 Mio. € und liegen im Voranschlag 2016 nun bei rund 3 Mio. €.

Wenn diese Kurve ihren Sinkflug beibehält, wird sie im Jahre 2020 statistisch den Nullpunkt erreichen, der Gemeindehaushalt sohin über keine frei verfügbaren Mittel mehr verfügen können.

Wenn die rückläufigen Steuereinnahmen aufgrund der Steuerreform des Bundes berücksichtigt werden, so wird dies zu jenem Zeitpunkt sein, an dem auch die Gestaltung des Ortszentrums in der Intensivphase sein müsste, wobei diese Situation durch bisherige massive Versäumnisse in unserer Gemeinde herbeigeführt wurde.

Schuldenstand mit Sprengkraft

Die Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde aus Darlehen und Leasing betragen im Haushaltsjahr 2016 rund 65,5 Mio. €, die Neuverschuldung beläuft sich auf 1,8 Mio. €.

Was auf den ersten Blick noch als relativ ruhiges Fahrwasser erscheint, kann sehr trügerisch sein, wenn „Frankfurt“ den währungspolitischen Hebel umlegt und die derzeit historisch niedrigen EURO-Zinsen auf ein nur durchschnittliches Maß ansteigen. Der hohe Anteil an Frankenkrediten stellt ein weiteres millionenschweres Gefahrenpotential dar.

Die steigende Schuldenlast würde die Erreichung vieler Ziele zusätzlich erschweren.

Zudem schwächt auch die Kommunalsteuer als wichtige eigene Steuereinnahme der Gemeinde und Besserung ist nicht in Sicht, vor allem wenn beispielsweise das eigenartige politische Verhalten einzelner lautstarker Akteure bei der geplanten Ansiedlung von IKEA in Betracht gezogen wird.

Sozialtransfers an das Land nähern sich der 10-Millionengrenze

Die Zahlungsverpflichtungen Lustenaus für den Sozialfonds, Spitalfonds und die Beiträge an die Krankenanstalten zeigen sich an nachstehenden Zahlen:

Voranschlag 2015 € 8,949.600

Voranschlag 2016 € 9,399.200

Diese Ausgabengruppe ist für den Gemeindehaushalt wegen ihrer dynamischen Entwicklung besonders unberechenbar.

Die genannten Kosten werden einerseits von der Bevölkerungsentwicklung, den Arzt- und Spitalskosten, dem medizinischen Fortschritt und dem Heilmittelsektor bestimmt.

Sie können daher realistischer Weise nicht anders als stark steigen.

Inwieweit eine sogenannte Spitals- und Gesundheitsreform Erleichterung schaffen kann, ist eine jahrelange Diskussion, die auch ein Nachdenken über den Lebensstil insgesamt umfassen müsste.

Umdenken bei der Budgetgestaltung

Das ständige Anwachsen der Ausgabenblöcke und das Sinken der frei verfügbaren Mittel erfordern ein grundsätzliches Überdenken der Budgetgestaltung.

Eine zielgerichtete Gemeindeentwicklungspolitik ist andernfalls nur mehr schwer möglich, bzw. allein vom Zufallsprinzip geprägt.
Die bisherige Vorgangsweise, nach der zwar eine mittelfristige Finanzplanung in sehr aufwendiger Weise erstellt wird, bei der konkreten Budgeterstellung aber nach tagespolitischen Erfordernissen vorgegangen wird, kann dem Ziel einer modernen aufgabenorientierten Gemeindeentwicklungspolitik nicht mehr in ausreichendem Maße Rechnung tragen.
Vor allem der Kürzungsmarathon am Ende der Beratungen, die alle im Gemeindevorstand durchgeführt werden, hat eigentlich nur mehr eine numerische Gleichstellung von Einnahmen und Ausgaben zum Ziel.
Eine Schwerpunktsetzung ist darin jedenfalls für einen Außenstehenden nicht mehr erkennbar und wird auch nicht nach außen kommuniziert.
Eine erfolgreiche Gemeindeentwicklungspolitik setzt aber gerade unter den finanziellen Rahmenbedingungen der Zukunft Schwerpunktsetzungen voraus.
In der konkreten Lustenauer Situation sind es die Schwerpunkte Gestaltung des Ortszentrums, der Bereich Wohnen, Bildung, Öffentliche Räume, Verkehrsgestaltung, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Kaufkraft.
Die genannten Zielsetzungen stehen nicht isoliert im Raum, sondern bedingen sich in vielen Bereichen gegenseitig.

Faktischer Stillstand im Ortszentrum

Der praktische Stillstand im Ortszentrum ist ein Brennpunkt der ungenügenden Entwicklung unserer Gemeinde.
Die bisherige Unmöglichkeit, ein echtes tragfähiges Entwicklungskonzept mit konkreten Zielsetzungen und Baumaßnahmen zu beschließen, hat Auswirkungen auf die Attraktivität der Gemeinde und bedingt eine Kaufkraftabwanderung, die ihresgleichen sucht. Es fehlen damit Geschäfte, die andernorts selbstverständlich sind. Auch der relativ große Ortsteil Rheindorf wird immer mehr von Geschäften und öffentlicher Infrastruktur entleert.
Die diskutierte Fußgänger- und Radfahrbrücke über den Rhein könnte für das Rheindorf ein wertvoller Anstoß für eine positive Entwicklung sein.
Im Ortszentrum fehlt seit Jahrzehnten die Fußgängerzone, die einen entscheidenden Belebungsfaktor für ein Ortszentrum darstellt.
Statt dessen kreisen laufend Studien, Projekte, Planungsvorhaben und Papiere aller Art wie in einer virtuellen Welt.
Die metallenen hilflosen Behübschungsexperimente im zentrumsnahen Bereich können sicher kein zweckdienlicher Anfang sein.
Ich stelle mir seit Jahren die Frage, warum gelingen die ansprechenden und erfolgreichen Ortszentrumsprojekte nur in den Nachbargemeinden wie Götzis oder Höchst; Dornbirn brauche ich gar nicht erst zu erwähnen.
In Höchst befindet sich übrigens neben den anderen Zentrumsfunktionen auch ein Kinder- und Bildungscampus, der die heutige Auffassung von gesellschaftlichem Mittelpunkt widerspiegelt.

Bildungs- und Betreuungseinrichtungen müssen gestärkt werden.

Die Gemeinde Lustenau erklärt zu Recht den Sektor Bildung zu einem ihrer Schwerpunkte und unternimmt auch große Anstrengungen um diesem Ziel gerecht zu werden.

Der auf die Gemeinden entfallende Aufgabenbereich wird dabei immer größer. Die gesellschaftlichen Veränderungen, die zahlreichen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen stammenden Kinder machen die Frühpädagogik zu einem zentralen Element der Bildungspolitik. Gerade hier ist die Gemeinde als „Schulerhalter“ – wie die jährlichen Budgetzahlen zeigen - sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht in besonderem Maße gefordert. Ein Problemfeld sind noch die z. T. fehlenden Betreuungsplätze für Unter-3-Jährige. Gerade in diesem Bereich leisten die privaten Einrichtungen sehr gute Arbeit, ihre Kapazitäten sind allerdings begrenzt. Durch die Schließung einer Kinderbetreuungseinrichtung im kommenden Jahr wird sich der Mangel weiter verschärfen und die Warteliste verlängern.

Die öffentliche Hand muss sich daher verstärkt und sehr rasch dieser Aufgabe annehmen um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen entscheidend zu verbessern, um damit auch die Frauenarmut in unserem Land zu vermindern. Zu einem kritischen Bereich entwickelt sich offenbar der geplante Bildungscampus „Rotkreuz“ in dem das Prinzip des gemeinsamen Lernens der verschiedenen Schulstufen und –bereiche praktiziert werden sollte.

Die Gemeinde muss den Bildungscampus Rotkreuz zu einem der Schwerpunkte der Gemeindepolitik erklären und dies auch durch eine zeitnahe ausreichende finanzielle Dotierung zum Ausdruck bringen.

Es handelt sich um ein zukunftsorientiertes Projekt, für das es bereits an vielen Orten erfolgreiche Vorbilder gibt.

Sozialer Umgang und offene Räume sind Teil des Bildungserfolges

In Vorarlberg besteht derzeit eine sehr gute Versorgung mit Plätzen in Ganztageschulen.

Ein Zurückweichen in dieser Entwicklung in gegenwärtigen und zukünftigen Lustenauer Schulen kann nicht Gegenstand ernsthafter Überlegungen sein.

Dies hätte unmittelbar nachteilige Folgen für die Schulkinder.

Mit der Art ihrer Schulbauten bestimmt die Gemeinde auch über die Art des Lernens und den Umgangs der Kinder miteinander und mit Architektur gestalten wir auch das Empfinden der Kinder und die Art des Raumes gestaltet auch deren Bewusstsein.

Die innere Organisation des Schulwesens – die in Bundeskompetenz liegt - hat zwar noch einen weiten Weg vor sich, und den bekannten 15% der Modellregionen für die Gemeinsame Schule kommt eine sehr ambivalente Wirkung zu.

Während ein Großteil darin wieder ein radikalkonservatives Bremsmanöver erblickt, kann man darin auch „einen Fuß in der Türe“, sehen, „die sich nicht mehr schließen lässt“ und ein „Abbiegemanöver ins 19. Jahrhundert“, wie es sich Vertreter einer Lehrergruppe vorstellen, werde es ohnehin nicht geben. Wer von Modellregionen spricht, muss solche auch wollen, wobei ein 15 %-Splitting in unserem kleinen Land keine wirkliche Option darstellt. Ob die FPÖ für oder gegen eine Modellregion ist, scheint derzeit noch offen. Im Hinblick auf die notwendige und vorhersehbare Entwicklung sollte jedenfalls die Gemeinde einen als richtig erkannten Weg fortsetzen und trotz aller Schwierigkeiten die besonnenen Kräfte unterstützen. Man setzt sich damit nicht unbedingt an die Spitze der Bewegung, aber man versteht immerhin die Zeichen der Zeit.

Wohnen und Aufenthalt als steigender Kostenfaktor

Die bislang angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt wird durch den Bevölkerungszuwachs, die steigenden Preise bei einem in Vorarlberg kaum steigenden Lohnniveau weiter verschärft.

Hiezu kommen mit den Flüchtlingen neue „Mitbewerber“ auf den Wohnungsmarkt und zwar auf dessen schon knappes preisgünstiges Segment.

Die sich daraus ergebende „zivile“ Raumordnung besteht darin, dass die Baugesellschaften immer und überall Wohnanlagen hochziehen.

Deren Freiflächen und Kinderspielplätze bestehen aus einer Schaukel mit Zusatzgerät und einem Mindestmaß an Sandkiste.

Die übrige Infrastruktur, seien es öffentliche Kinderspielplätze oder Kinderbetreuungseinrichtungen verbleibt weitgehend öffentliches Aufgabengebiet.

Dies ist für unsere Gemeinde besonders kostenintensiv, da sich Lustenau immer mehr als Wohngemeinde entwickelt, während die Arbeitsstellen – zum Teil weil hier nicht gewünscht - in den Nachbargemeinden entstehen.

IKEA – wichtiger Standortfaktor oder Opfer politischer Querelen

Eines darf als sicher vorausgesetzt werden.

Die Lustenauer Diskussion über eine Ansiedlung von IKEA würde in jeder anderen Gemeinde nur mit Kopfschütteln verfolgt.

Aber es ist eben leider nicht der erste Fall solchen Verhaltens in unseren Gefilden.

Bekannt dürfte auch sein, dass der Vorschlag, IKEA in Lustenau anzusiedeln, von der Vorarlberger Landesregierung bzw. deren Abteilung Raumordnung stammt.

Bei IKEA handelt es sich um ein international renommiertes Unternehmen, um dessen Ansiedlung sich praktisch jede österreichische Gemeinde bemühen würde.

Einen neuen lukrativen Standort wird es in Memmingen geben, der Standort Innsbruck wurde massiv ausgebaut.

IKEA würde den Lustenauer Markt etwas kleiner konzipieren, auf Gestaltungswünsche eingehen, einen großen Grünbereich und einen entsprechenden Kommunikationsbereich schaffen.

Es würden weit über 100 neue Arbeitsplätze geschaffen und zwar auch für jene Bevölkerungsteile, die nicht ein IT-Studium absolvieren konnten und ebenfalls dringend auf Arbeitsplätze angewiesen sind.

Und angesichts der klammen Finanzsituation unserer Gemeinde wäre ein deutliches Mehr an Kommunalsteuer sehr zweckdienlich.

Soll denn dieses zermürbende Tauziehen um IKEA damit enden, dass IKEA, wie schon andere Großfirmen, Lustenau den Rücken kehrt?

Und sollen denn Lustenauerinnen und Lustenauer weiterhin für ihre Möbelkäufe nach St. Gallen, Ulm, Lauterach oder Dornbirn fahren müssen und unsere Kaufkraft weiterhin in diese Orte abwandern?

Und auf die Zentrumsgestaltung in Lustenau hat ein Ja oder Nein zu IKEA keinen Einfluss – dieses Zentrum braucht dringend eigene Impulse!

Lustenau als Musterschüler und Prügelknabe

Die herangezogene Verkehrssituation als Verzögerungsargument für IKEA ist von der typisch Lustenauer Situation in diesem Raum geprägt, die zum Großteil nicht von der einheimischen Bevölkerung verursacht wird.

Es sind die schweren Versäumnisse anderer, die uns in diese Verkehrssituation brachten.

Diesen uns aufgezwungenen Verkehr als Blockade einer Geschäftsansiedlung in unserem Gemeindegebiet zu benützen, ist in hohem Maße unseriös.

Wir müssen vielmehr darauf dringen, dass der internationale Transitverkehr, der unser Ortsgebiet seit Jahrzehnten ungebremst überrollt und nicht in ein Wohngebiet gehört, auf andere Übergänge verteilt wird. Im unmittelbaren Nahbereich des neuen Marktes sind vom Land verkehrsertüchtigende Maßnahmen vor allem auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu ergreifen, damit neu entstehender Verkehr in das bereits bestehende Verkehrsaufkommen integriert werden kann.

Denn meine Damen und Herren, es wissen alle, dass uns am Ende des Tages der Verkehr immer bleibt, unabhängig ob IKEA in Lustenau oder Dornbirn stehen wird.

Und meine Damen und Herren, welche Kommune hat in einer vergleichbaren Situation jemals bei „Rheintal Mitte“ oder „Vision Rheintal“ angefragt, was sie tun soll.

Dies macht nur Lustenau als landesweiter Musterschüler und Prügelknabe, mit dem alle zufrieden sind.

Verkehrsgestaltung als örtlicher Wildwuchs.

Das Lustenauer Verkehrssystem funktioniert schon seit langem nach dem Grundsatz „jeder fahre wo er will“.

Ein besonders intensives Beispiel ist die obere Maria-Theresienstraße als ‚Begegnungszone‘ der besonderen Art

Sie ist ein Lehrstück in Echtzeit, wie ein ungebremster Verkehr in einem zentrumsnahen Bereich jede Aufenthaltskultur zerstört, bzw. gar nicht entstehen lässt.

Es gibt bislang keinerlei Bemühungen, diesen Zustand zu verbessern.

Natürlich ist es ein hartes politisches Brot, Anrainer von möglichen verkehrstechnischen Änderungen zu überzeugen, aber es gibt bereits eine Reihe von Beispielen, wie dies gelingen kann.

Einfach eine Straße zu sperren und zu warten, was passiert, ist natürlich zu wenig.

In der Verkehrspolitik ist eine besondere Art des Konsenses notwendig, der nicht von der allgemeinen Zustimmung aller ausgehen kann, sondern von der Schwerpunktsetzung die eingehend in der Öffentlichkeit zu diskutieren ist und dem Gemeinwohl zugute kommen muss.

Neue Verkehrsplanung über die Grenzen

Unser massives, seit Jahrzehnten andauerndes Verkehrsproblem an der Schweizer Grenze erfährt voraussichtlich im Sommer durch die Brückensanierung eine rund 2-monatige technische Unterbrechung und offenbar schafft die Technik, was die Politik in 30 Jahren nicht zustande brachte.

Es wird zu jener Auffächerung kommen, die bisher trotz dutzender Forderungen und Anträgen aus Lustenau laufend abgelehnt wurde.

Nach der Brückensanierung kommt allerdings für die Lustenauer Gemeindepolitik die entscheidende Herausforderung. Fällt das Vorarlberger Zwangssystem wieder in den alten Modus zurück: alles über Lustenau oder wird die Auffächerung als Teil einer Vernunftlösung weiterbestehen.

Wird es auch möglich sein, das Phantom der Z-Variante ihrem ohnehin vorbestimmten bürokratischen Schicksal zu überlassen und zu einer neuen realistischen Verkehrslösung im Rahmen des Verkehrsplanungsprozesses Mittleres Rheintal zu finden.

Ziel dieser Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern Vorarlbergs und des Kantons St. Gallen ist u.a. die Errichtung einer neuen rasch realisierbaren Verbindung zwischen den Autobahnen.

Die Schweizer Vertreter beklagen sich jedoch, dass Vorarlberg kein nennenswertes Interesse zeige, sodass sie gezwungen seien, eigene Lösungen zu suchen.

Die Ursache des Vorarlberger Desinteresses dürfte darin liegen, dass in den Bestrebungen der Schweizer eine Konkurrenz für die S-18 befürchtet wird.

Die Frage ist, ob nicht dadurch eine neue Entwicklung einfach am Lustenauer Rathaus vorbeizieht und es wieder einmal zu spät sein könnte. Jedenfalls müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden um für Lustenau mit mutigen Gedanken eine rasche und tragbare Lösung zu finden. Wie sagte schon Henry Kissinger: „Ein Politiker braucht Visionen u n d Mut“.

RHESI als zwingend notwendiges Hochwasserschutzprojekt

Das seit Jahren diskutierte Projekt soll dem Schutz vor einem 300-jährigen Hochwasser dienen und ist angesichts der Bevölkerungsdichte beiderseits des Rheins, der ungeheuren Sachwerte im Bereich Industrie, Gewerbe und Wohnsiedlungen und zu erwartenden Klimaextremen eine für unseren Siedlungsraum lebenswichtige Aufgabe, die nicht durch Einzelinteressen durchlöchert oder abgeschwächt werden darf.

Das Gefahrenpotential ist viel zu groß, um es nach dem Stil von Gruppeninteressen abhandeln zu können.

Die IRR ist aufgefordert, das Projekt möglichst rasch so zu planen und durchzuführen, sodass im Rheintal ein maximaler Schutz vor Hochwasser gesichert ist.

Das Projekt RHESI sichert nicht nur unseren sensiblen Lebensraum, sondern gibt den Rheintalbewohnern auch einen wertvollen Naherholungsraum zurück.

Energie und Mut für Lustenaus Chancen

Zum wiederholten Mal sei auf Lustenaus Chancen verwiesen, die politischen Weitblick, Energie und Mut erfordern. Neben dem Zentrum mit Fußgängerzone und Investorenanreizen ist zudem endlich Augenmerk auf die Verkehrseindämmung zu legen, auf eine kurze Verbindung zwischen den Autobahnen im Raum Mäder/Diepoldsau, Augenmerk auf die Bildungsoffensive, auf den Bahnhof Lustenau mit einer attraktiven Anbindung an den Ort, auf interessante Handelsgeschäfte wie IKEA, auf Jahrhundertprojekte wie RHESI, auf vermehrte Bio-Standards im Gemeindegebiet, allen voran im Gutshof Heidensand sowie auf eine ansprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes als Visitenkarte für unser Ortsbild.

Meine Damen und Herren !

Wenn ich die Entwicklung unserer Gemeinde über Jahre betrachte, so ist und war in vielen Bereichen ein großes politisches Bemühen festzustellen.

Es gibt aber wichtige Bereiche, wie die Schaffung eines attraktiven Ortszentrums mit geschäftlicher Belebung und Errichtung einer Fußgängerzone, die wir durch Jahre als wichtigsten Beitrag für ein modernes Lustenau forderten und dazu unzählige Anträge stellten, die nun so lange verzögert wurden, bis

sich das finanzielle Zeitfenster für große Investitionen der Gemeinde über einen längeren Zeitraum schließen wird.

Andere Städte und Gemeinden haben ihre Chance genutzt, in Lustenau verlief alles einfach gleichmäßig flach.

Lustenau braucht beim Projekt Ortszentrum endlich den entscheidenden Schritt vorwärts in den Bereich der Realisierung mit dem Gesetz des Handelns nach Jahren der Vorstudien, Planungen und immer neuen Untersuchungen.

Aufgrund des jahrelangen Stillstandes beim Projekt Ortszentrum wird die SPÖ-Fraktion dem Voranschlag 2016 aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen.

Abschließend möchte ich allen Bediensteten der Finanzverwaltung und ihrem Leiter Mag. Klaus Bösch für die hervorragende Arbeit bei der Aufbereitung der Zahlenwerkes sehr herzlich danken.

Unser Dank gilt auch allen Lustenauer Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihren während des Jahres geleisteten Einsatz, den Vereinen für ihre ehrenamtliche Arbeit, die gerade in diesen Monaten sehr wertvoll war.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.